Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh, Mittwoch** und **Sonnabend Mittag.** Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags 10 Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 88. **Freitag, den 8. Juni.** 1866

Zur Situation.

— Es bestätigt sich vollkommen, daß Oesterreich seine Theilnahme an der Konferenz an den Vorbehalt geknüpft hat, daß in den Verhandlungen von keiner „Gebietsvergrößerung“ oder „Machterweiterung“ für eine oder die andere eingeladene Macht die Rede sein dürfe. Oesterreich bietet jetzt sichtbar nur noch die letzten Mittel auf, um einerseits Italien, andererseits Preußen, zu provoziren und sie zum Angriff zu drängen, den es so bald als möglich herbeiwünscht. In Venetien Zwangsanleihe, fortgesetzte Aushebungen und Standrecht. Preußen gegenüber Bruch des Gasteiner Vertrages, Uebertragung der Entscheidung in der schleswig-holsteinschen Frage an den Bundestag, Berufung der Stände nicht zu administrativen Zwecken, sondern zur Angabe eines Votums in der Souveränetätsfrage, welches nach der Auffassung der preußischen Regierung nur auf Grund einer gemeinsamen Entschließung der beiden Mächte eingeholt werden kann. Weiter soll die Einberufung des holsteinschen Kontingents vorbereitet sein, und daneben sollte der aus bis jetzt unbekannten Gründen vorläufig wieder sistirte Plan, neue östreichische Truppen nach Holstein zu werfen, ohne Zweifel Kurhessen und Hannover ermuthigen, nun ebenfalls der Koalition gegen Preußen beizutreten und letzteres von allen Seiten mit einer militärischen Umschließung bedrohen, die es endlich zum ersten Schlage drängen müsse.

Unter diesen Umständen beruht die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens nur noch auf zwei Dingen. Einerseits müssen die deutschen Regierungen mit dem bisher von ihnen verkündeten Programm, jeden Friedensbruch zu hindern, Ernst machen; es müßte dasselbe nicht eine bloße Phrase sein, hinter der man die Rüstungen für den Zuzug der östereichischen Fahne versteckt, indem man im Voraus entschlossen ist, Preußen zuletzt unter allen Umständen als den eigentlichen Friedensstörer zu proklamiren, gleichviel ob Oesterreich mit allen Segeln in den Krieg hineinsteure. Statt sich auf das hohle Bundesrecht und die zufälligen Majoritäten in Frankfurt zu steifen, durch welche man zu einer Execution gegen Preußen zu gelangen sucht, die schließlich lediglich eben auch nur ein Ausfluß jener Gewaltpolitik sein würde, über die man sich beklagt, müßte man Preußen in der Frage der Herzogthümer, wie in derjenigen der Bundesreform Vorschläge bieten, auf welche es mit Anstand eingehen kann. Andererseits ist in Preußen ein Ministerwechsel erforderlich, welcher das Vertrauen begründet, daß hier nicht länger in der früheren rücksichtslosen und verletzenden Weise vorgegangen werden wird, und der zugleich durch Lösung des inneren Konflikts den Staat in die Lage setzt, Demüthigungen, die ihm trotz Allem bereitet werden sollten, mit vollster Sicherheit des Erfolges zurückzuschlagen.

— Der „Staatsanzeiger“ enthält in seinem „nichtamtlichen Theil“ einen Artikel, der trotz dieser Stelle von großer Bedeutung ist. Es wird darin ausgesprochen, daß der Gasteiner Vertrag von Oesterreich verletzt worden ist. Dies wird aus dem 5. Artikel desselben nachgewiesen, in dem es heißt, daß für den Fall, daß es zu den Feindseligkeiten in Schleswig käme und die Verträge mit Dänemark hinfällig würden, Preußen und Oesterreich sich vorbehalten, die künftigen Verhältnisse im gegenseitigen Einverständniß festzustellen. Jedenfalls soll die Frage über die Erbfolge in den Herzogthümern nur durch gemeinsame Beschlüsse entschieden werden. Oesterreich hat zwar noch keine Entscheidung über die Erbfolge getroffen, sie aber durch die Berufung der Stände angebahnt, und wenn Preußen darin schon einen Bruch des Gasteiner Vertrages sieht, so wird das Wiener Kab.net nicht anstehen, diese Gelegenheit zum völligen Bruch mit Preußen zu benutzen. Nach dieser Lage ist das Kriegsmanifest Franz Joseph's in kurzer Frist zu erwarten. — An der gestrigen Börse brachte die Nachricht von bevorstehenden Truppensendungen von Seiten Oesterreichs nach Holstein große Unruhe hervor, und es wurde vielfach versichert, daß die Eröffnung der Feindseligkeiten in den nächsten Tagen zu erwarten sei. Die Course fielen in Folge dieser Gerüchte von Neuem. Aus Karlsruhe wird vom 4. d. gemeldet, daß bange Gerüchte die Stadt erfüllten, weil die Nachrichten, welche der Großherzog aus Dresden nach seiner Hauptstadt gelangen ließ, besagten, daß wenig Friedenshoffnungen verbleiben. In Folge dessen wird auch in Baden eifriger als bisher gerüstet. Der Goßherzog ist über München nach Karlsruhe zurückgekehrt und hat somit seine Reise nicht, wie seine Absicht war, nach Berlin ausgedehnt.

— Die „Berl.-B. Ztg.“ enthält folgende Nachricht Der definitive Vertrag mit Italien, das wirkliche Schutz- und Trutzbündniß ist jetzt vom König Wilhelm vollzogen worden und der Italienische General Gavone ist mit der Urkunde nach Florenz abgereist. Bekanntlich bestand bisher nur ein provisorisches Abkommen, lediglich auf die Eventualität gerichtet, daß Oesterreich einen Angriff gegen Preußen oder Italien unternehmen würde, für welchen Fall die gegenseitige Hilfeleistung vereinbart war. In diesem vorläufigen Pakte, welchem nur bis zum 15. d. M. die Geltung gegeben worden, waren namentlich feste Verabredungen über die Endziele welche jeder der beiden Staaten gegenüber sich im Falle des Krieges setzen würde, so wie über die Bedingungen, unter welchen einseitig der Abschluß des Friedens zulässig, nicht getroffen Diese Punkte sind in dem jetzt abgeschlossenen definitiven Bündnisse fixirt worden. — Ueber das Verhältniß der verbündeten Staaten zu Frankreich verlautet noch nichts Zuverlässiges; aus dem Umstand aber, daß das 7. und 8. Armeecorps, welche nach der zuerst getroffenen Disposition am Rheine aufgestellt bleiben sollten, nunmehr gleichfalls gegen Oesterreich Position nehmen, darf wohl gefolgert werden, daß die Preußische Regierung vor jeder Gefährdung unserer westlichen Provinzen sich sicher weiß, da sie anderenfalls die letzteren nicht von Truppen entblößen würde.

— Die Hoffnungen, welche sich auf das Zustandekommen eines Kongresses stützen, sind erschüttert; wir zweifeln nicht mehr daran, daß ein Krieg zwischen Oesterreich und Italien bevorsteht, welcher auch Deutschland in Mitleidenschaft zu ziehen droht. Daß die Würfel der Entscheidung zuerst in Deutschland fallen werden, glauben wir nicht. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird, da Oesterreich sich in der Defensive zu halten entschlossen ist, Italien den Anfang machen müssen. Daß ein Krieg zwischen Oesterreich und Italien Deutschland gerade in seinem gegenwärtigen Zustande antrifft, müssen wir aufs tiefste beklagen. Oesterreich hat seine Stellung in Deutschland seit seiner letzten Erklärung am Bundestage — wir bedauern es das sagen zu müssen — wesentlich verbessert. Es hat damit einen Schritt gethan, der die Mehrzahl der deutschen Regierungen und auch einen großen Theil des deutschen Volkes auf seine Seite bringt. Es hat sich mit der Einberufung der holsteinischen Stände zum Vertreter von Principien gemacht, für-

— **Rede von Twesten.** Der Stadtgerichtsrath Twesten hielt am 5. d. in der Versammlung des Dorotheenstädtischen Bezirks-Vereins eine Rede, die mit einem Hinweis auf die Auflösung des Abgeordnetenhauses eingeleitet wurde. Die Staatsregierung habe abermals an das Volk appellirt, aber es sei nicht zu glauben, daß sich die Meinung des letzteren dadurch geändert habe, daß die Regierung gegen die Ueberzeugungen des Volks und die Volksvertretung immer schroffer aufgetreten sei, daß sie die Freiheit der Presse, die staatsbürgerlichen Rechte der Beamten und der Lehrer, die Selbstverwaltung der Gemeinden, die Redefreiheit bis zu der Tribüne des Abgeordnetenhauses immer mehr zu beschränken suche, oder gar dadurch, daß die Regierung gegen den Willen des Abgeordnetenhauses die auswärtige Politik so geleitet habe, daß jetzt ein schwerer Krieg das Land bedrohe. Er (Redner) sei überzeugt, das preußische Volk werde sich wieder in seiner großen Majorität gegen das jetzige Regierungssystem aussprechen, Man dürfe nicht hoffen, daß weitere liberale Konzessionen in Aussicht ständen, wenn auch Graf Bismarck ein deutsches Parlament, allgemeines Stimmrecht und direkte Wahlen beantragt habe. Der große Staatsmann Stein sagte, man müsse die Personen ändern, wenn man System und Maßregeln ändern wolle. Das sei jetzt noch weit nothwendiger, da alle politischen Angelegenheiten in der Oeffentlichkeit diskutirt werden und die Ansichten sich nicht verbergen können. Bei den bevorstehenden Wahlen müsse der Ruf sein: andere Personen und ein anderes Systemi. (Lebhaftes Bravo.) Darin hoffe er das Volk einmüthig zu sehen, nicht im Sinne der konservativen Partei, welche einmüthige Hingebung an das bestehende Regiment verlange.

Es muß zur Wahrheit werden, daß gegen den Willen des Abgeordnetenhauses keine Ausgaben gemacht werden dürfen, und es dürfen daher nur Männer gewählt werden, die dahin wirken, daß das Budgetrecht wieder hergestellt werde, das sei die Vorbedingung jeder Verhandlung über Geldbewilligungen. Uebrigens bleibe das Programm der liberalen Parteien: Ausbau der Verfassung, Minister-Verantwortlichkeitsgesetz, freie Kreis- und Gemeindeordnung, Abschaffung der Beschränkungen der Koalitionsfreiheit, Hebung der Assoziationen, Verbesserung des Volksunterrichts und Verminderung der Heereslasten.

Es giebt in Preußen und namentlich außer Preußen auch liberale Männer, welche der Meinung sind, man müsse im Falle eines Krieges einer jeden Regierung, welches System sie auch befolge, Geld bewilligen. Ich sage aber nein! In ruhigen Zeiten braucht man das Volk nicht; wenn man da seine Stimme mißachtet, haben wir stets darauf hingewiesen: es wird eine Zeit kommen, wo die Regierung das Volk braucht, und dann wird das Volk der Regierung vorschreiben, was es will. (Stürmischer Beifall.) Sollten wir jetzt davon abgehen?

Nach der Verfassung durfte die Regierung nicht ohne die Bewilligung des Abgeordnetenhauses die bereits erfolgten Ausgaben für den Krieg machen. Sie brauchte rechtlich hierzu eben so sehr die Zustimmung des Abgeordnetenhauses, wie zu allem künftigen Geldaufwand.

Auch im Kriege ist mit keiner Regierung eine Verständigung möglich, so lange nicht das Budgetrecht vollständig wieder hergestellt ist. Das könnte durch feierliches Annerkenntniß, das könnte durch eine Deklaration des Artikels 99 der Verfassung, das könnte mit materieller Garantie durch ein Gesetz geschehen, welches bestimmte: vom 1 Januar 1867 ab dürfen die direkten Steuern nicht früher und nicht in weiterem Umfange erhoben werden, als sie unter Zustimmung aller drei Faktoren in das Budget aufgenommen sind. Mit einem solchen Gesetz könnten wir jeden ferneren Kampf aufnehmen. Aber die Volksvertretung allein werde nichts ausrichten, wenn nicht das Volk selbst eintrete. So lange es Leute giebt, die wie die Aktionäre der Köln-Mindener Eisenbahn, um ein gutes Geschäft zu machen, einen verfassungswidrigen Vertrag abschließen, durch welchen der Regierung viele Millionen zur Disposition gestellt werden, oder die sich, wie die Ban-

welche einzutreten vor Allem gerade die preußische Regierung verpflichtet war, wenn sie von dem so vielfach betonten Beruf Preußens in Deutschland wirklich erfüllt war. Wie wird die preußische Regierung diesen letzten Zug Oesterreichs beantworten? Damit allein, daß sie es erklärt, Oesterreich breche den Gasteiner Vertrag, ist es gewiß nicht gethan. Denn Deutschland hat diesen Vertrag niemals anerkannt, im Gegentheil, es hat ihn stets bekämpft. Was aber bleibt nun übrig für Preußen, um aus dieser Situation herauszukommen? Wir sagen mit der „Köln Z.": „Es giebt nach menschlichem Ermessen kein anderes Mittel, als Durchsetzung des Parlaments." „Eine solche ist aber — so fügt die „Köln. Ztg." hinzu — nirgend zu erwarten, ohne Herstellung des preußischen Verfassungs-Rechtes. Ist der Krieg einmal über unsere Grenzen hereingebrochen, so ergeht die Forderung an unsere Abgeordneten, die nöthigen Geldmittel zur Führung desselben zu bewilligen: sie aber sind nicht befugt, über das Gut ihrer Mitbürger zu verfügen ohne Herstellung des preußischen Verfassungsrechtes. So vermögen wir weder den Frieden wirksam zu sichern, noch den Krieg nachhaltig zu führen, ohne ein Einlenken unserer inneren Politik. Je unverhohlener seit dem Beginne der venetianischen Rüstungen die Kriegslust Oesterreichs hervortritt, je weniger heute die Erhaltung des Friedens von der preußischen Regierung allein abhängt, je dringender es zur Verhütung und zur siegreichen Führung des Krieges nöthig ist. selbst in gesunder Stärke und innerer Einheit dazustehen, desto unermüdlicher müssen alle Patrioten sich einigen zu dem Rufe: Herstellung des preußischen Verfassungsrechtes!"

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 6. Juni. Der Ausmarsch der Gardetruppen hat am 4. d. Mts. begonnen.

— Man schreibt der „Brsl. Ztg.": Die Vorkehrungen, welche auf Grund der Situation getroffen werden, lassen die Hoffnung auf Frieden immer schwächer werden. Das österreichische Heer erhält von heute ab Kriegsration: doppelte Löhnung, doppeltes Tractament. Ebenso haben die Truppenbeförderungen auf der Nordbahn in der Richtung nach Krakau wieder begonnen, nachdem diese schon längere Zeit eingestellt waren. Vorläufig sind zwei Regimenter ungarischer Infanterie angesagt, deren Durchmarsch schon gestern seinen Anfang nahm. Daß diese Uebersiedelung noch zu den Dislocationen der österreichischen Truppen zu zählen sei, ist kaum zu glauben, viel näher liegt, in Verbindung mit obigem Umstande, die Wahrscheinlichkeit, daß sie die stärkere Besetzung der Grenze zum Zwecke habe. Auch in Preußen geschieht Gleiches. Nach Ratibor finden starke Zuzüge von Militair statt, in den letzten Tagen besonders Pioniere.

— Dem Vernehmen nach wird für den Fall des Ausbruchs eines Krieges eine Vereinbarung angebahnt, wonach sowohl Oesterreiche wie Preußische Badeorte für neutrales Gebiet erklärt werden sollen. — Die Anklage gegen den Abgeordneten Twesten wegen der am 20. Mai 1865 im Abgeordnetenhause gehaltenen Rede

---

quirs der Berliner Börse zur Annahme der Darlehnskassenscheine verpflichten, so lange wird es dem Abgeordnetenhause nicht gelingen, gegen daß jetzige Regierungssystem mit Erfolg anzukämpen. (Zustimmung).

Redner weist demnächst nach, daß die Verordnung wegen der Darlehnskassenscheine den Bestimmungen der Verfassung über die Kontrahirung von Staatsschulden zuwiderlaufe und daher nicht die Zustimmung des Abgeordnetenhauses erhalten könne. Die Darlehnskassen möchten nützlich sein, um eine Zeitlang den Cours der Staatspapiere und Aktien zu erhalten, auch einzelnen Fabrikanten, Handwerkern und Gutsbesitzern in Verlegenheiten des Augenblicks helfen, aber die Gefahr einer übermäßigen Papiergeldvermehrung und künftiger Entwerthung dürfte nicht verkannt werden. Die Verordnung sehe wie ein Fühler aus, mit welchem die Regierung einmal sondire, wieweit sie mit Finanz-Oktroyirungen vorgehen könne. Würden die Darlehns-Kassenscheine wie jedes andere Geld angenommen, so würde die Regierung sich um so leichter über die Bewilligung des Abgeordnetenhauses hinwegsetzen und über die Güter des Staates, Eisenbahnen, Bergwerke, Domainen einseitig disponiren, Papiergeld zum unmittelbaren Bedarf des Staates ausgeben, vielleicht gar Kriegssteuern und Zwangsanleihen ohne Bewilligung der Volksvertretung ausschreiben können. Das Abgeordnetenhaus müßte auch während des Krieges den Willen des Volkes kundgeben, auf Aenderung der Personen und des Systems hinwirken, in keinem Falle über Bewilligung unterhandeln vor vollständiger Anerkennung des Budgetrechts. Ein anderes Programm könne man nicht aufstellen, da man nicht wissen könne, wie sich die Lage gestalten werde, und es käme daher vor allem darauf an, Männer zu wählen, deren Einsicht und Charakter dafür bürge, daß sie nach den Ueberzeugungen des Volkes handeln, und nach der Gunst oder dem Drange der Verhältnisse diese Ueberzeugungen zur Geltung bringen würden.

(Schluß folgt.)

autet auf Verleumdung und verleumderische Beleidigung des Justizministers Grafen zur Lippe, des Staatsministeriums, des Obertribunals, des Staatsgerichtshofes, der Disciplinargerichte, der Staatsanwaltschaften und der Preußischen Gerichte überhaupt. Der Termin zur öffentlichen Verhandlung der Sache steht am Freitag, den 8. Juni, Vormittags 9 Uhr an. — Die Voruntersuchung gegen den Professor Dr. Prutz und den Redacteur der „Stett. Ztg.", wegen des am Pfingstjage veröffentlichten Gedichts „Mai 1866" ist auf Majestätsbeleidigung, Erregung von Aufruhr und Minister-Beleidigung gerichtet.

— Ueber die Veranlassung des Rücktritts des Hrn. v. Bodelschwingh wird in den Zeitungen mancherlei gesprochen, doch ist man einmüthig darin, daß der Personenwechsel nichts weniger als ein Systemwechsel sei. Einige wollen sogar wissen, Herr v. Bodelschwingh sei es müde gewesen das auszuführen, was Herr von der Heydt als Privatmann anrieth. Ueberhaupt erscheint Herr v. Bodelschwingh in manchen Korrespondenzen in einem unerwartet konstitutionellen Lichte. — Nach dem Ministerwechsel und bei der bekannten Vielseitigkeit des Herrn v. d. Heydt erwartet man nun, daß die beabsichtigten Finanzmaßregeln bald in Scene gehen werden.

— Dem Vernehmen nach hat das Präsidium des bleibenden Ausschusses des deutschen Handelstages eine Sitzung des Ausschusses nach Kassel berufen, in welcher über die von verschiedenen Seiten, namentlich von Düsseldorf eingegangenen Anträge betreffend die Erhaltung des Zollvereins gegenüber dem preußisch-österreichischen Konflikte berathen werden soll.

— Den 7. Juni. Die „Provinzial-Correspondenz" sagt: Die neutralen Mächte dankten Preußen für sein Eingehen auf die Friedensversuche und erkannten an, daß Preußen wieder in die volle Freiheit seiner Entschließungen eintrete. Preußen, welches entschieden gegen Einberufung der holsteinischen Stände protestirt, wird unzweifelhaft seinem Proteste thatsächlichen Nachdruck verleihen. — Der König begiebt sich vermuthlich Anfang nächster Woche in das Hauptquartier. — Die „Provinzial-Corresp." erklärt ferner einen Ministerwechsel in diesem Augenblicke für eine große Gefahr.

Frankfurt a. M., den 6. Juni. In der heutigen Bundestags-Sitzung wurde der bayerische Antrag auf Neutralisirung der Bundesfestungen Mainz und Rastatt und Zurückziehung der preußischen und österreichischen Truppen aus diesen und aus Frankfurt einstimmig angenommen. Oldenburg protestirte anläßlich der Berufung der Stände in Holstein feierlich gegen jede Competenz der letzteren betreffs der Entscheidung der Erbfrage.

Oesterreich. Durch Privatnachrichten aus Wien hat man erfahren, daß der Zustand der Oesterreichischen Armee ein rasches Vorgehen zur dringenden Nothwendigkeit macht. An drei Stellen ist der Hungertyphus ausgebrochen, und der Kaiser Franz Joseph hat nur die Wahl, loszuschlagen oder die ganze Stellung der Armee zu verändern. Sie müßte so über Böhmen vertheilt werden, daß ihre Ernährung möglich wäre. Das Wiener Kabinet soll sich für die Aktion entschieden haben, und es geht das Gerücht, daß in ganz kurzer Frist die Oesterreichische Armee die Schlesische Grenze überschreiten und gegen Cosel vordringen werde. — In Wien schmeichelt man sich gegenwärtig mit der Hoffnung einer Alliance mit Rußland. Die „sehr rührige Königin Olga von Württemberg, welche zwei Monate an der Newa zubrachte und von da kürzlich nach Wien eilte, soll ein Schutz- und Trutzbündniß zwischen Rußland und Oesterreich zu Stande gebracht haben, dessen Abschluß bevorsteht und sich, so heißt es in Wien, in den Pariser Konferenzen zuerst bewähren wird. Als Preis dieser Alliance nennt man die Donaufürstenthümer. Die Bismarckisch-Bonapartistische Combination mit dem Prinzen Karl soll viel dazu beigetragen haben, den Gedanken einer solchen Alliance zwischen den alten Feinden zur Reife zu bringen. — Oesterreich soll nach diesem Bündniß in die Besetzung der Donaufürstenthümer willigen und bei deren dauernder Erwerbung behilflich sein. — Die Nachricht von dem Bestreben der Königin Olga, ein solches Bündniß zu Stande zu bringen, mag begründet sein, daß es aber gelingen werde, ist mehr als zweifelhaft. Man hört jetzt ziemlich positiv aus Paris, daß Louis Napoleon den Rumänen den Rath gegeben hat, den Prinzen Karl zu wählen, damit sie endlich einmal zu einem Fürsten gelangen, der die eifersüchtigen Absichten der Großmächte zu paralysiren vermag. Da Louis Napoleon keinen Französischen Prinzen nach Buchareſt bringen kann, muß ihm ein liberaler Deutscher Fürst der liebste sei, da durch ihn Rußlands wie Oesterreichs Pläne gekreuzt werden können. Bei der jetzigen Lage der Dinge zeugt diese Entscheidung von einer entschiedenen Mißbilligung der Oesterreichischen Politik von Seiten Louis Napoleon's, und es wird dadurch sehr wahrscheinlich, daß sich der Französische Imperator nächstens ganz gegen Oesterreich erklären wird. Sein Zorn muß gereizt werden, wenn Oesterreich ihm den Kongreß der in Paris in Scene gesetzt werden soll, verdirbt.

— Die Französische Regierung soll in Wien über die Maßnahme der Venetianischen Zwangs-Anleihe „ihr tiefstes Bedauern" haben aussprechen lassen und zugleich die Oesterreichische Regierung für die etwaigen, dem Frieden nachtheiligen, Folgen derselben verantwortlich gemacht haben.

— Ein Wiener Demokrat fällt in dem „Deutschen Wochenblatte" folgendes Urtheil über die Zustände seines Landes: „Im Jahre 1859 zitterte Alles in Schrecken, jetzt hat man sich in einer Fratze von Muth hineingeprahlt; denn Benedek ist von Hause aus ein Großsprecher. Aber seine Wahl bedeutet noch weit Schlimmeres. Er ist vor Andern ein Mann der Gewalt für ihn giebt es weder Recht, noch Gesetz, er hat sich nicht geschämt, in seinem berüchtigten Briefe an Gablenz zu sagen; der Wille des Kaisers sei seine Religion und Politik. Darin liegt wohl auch ein großer Theil Unverstand, denn er setzt dadurch sich selbst herab; wenn aber Wahrheit ist in der Aeßerung, die ihm über Berlin; beigelegt wird, so lassen ihn die Lorbeeren des Spanischen Admirals vor Valparaiso nicht schlafen. Und einen solchen Monn läßt man über Deutschland los! — Eine Regierung muß tief gesunken sein, wenn sie sich genöthigt fühlt, sich in die Arme eines solchen Mannes zu werfen und unter solchen Bedingungen! Der Ausschluß aller Erzherzoge von seinem Heere ist für das regierende Haus jedenfalls schimpflich und desto schimpflicher, je begründeter er in Wahrheit ist. Ist aber Benedek der Mann freier Wahl, ist er der Mann nach dem Herzen der Kamarilla, dann steht die Sache, zumal für uns, noch schlimmer. Und er ist es. Unsere Grafen meinen im Ernste, alles Verfassungsleben abthun und die alte Willkürherrschaft wiederherstellen zu könnenn. Sie meinen dazu nur eines gegen; außen siegreichen Heeres zu bedürfen. Aber diese Männer der Niederlagen werden auch hier die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben. Man fesselt den Sieg nicht an seine Fahnen, wenn man dem Gegner den standhaften Widerstand zur einzigen Rettung macht; aber selbst ein entscheidender Sieg würde den Verlauf der Dinge im Innern nicht ändern, kaum verspäten nur mehr Opfer würde die Entscheidung fördern.

— Das Gerücht, daß das Hauptquatier der Nordarmee demnächst verlegt werden würde, erweist sich als unbegründet. Am Frohnleichnamstag hat in Olmütz FZM. v. Benedek nach beendigter Messe sich mit Ansprachen und Händedrücken an einzelne Truppentheile resp. Soldaten beschäftigt und auch an die Offiziere des Bürgerschützenkorps eine kameradschaftliche Anrede gehalten. Die schwarzgelbe Brigade (die Regimenter Hessen und Belgier), steht zwischen Hohenstadt und Grulich, also dicht an der Glatzer Grenze, dort kantonnirt auch das Regiment Kaiser-Ulanen (Nr. 6), um Freiwaldau (Oesterreichisch-Schlesien) das Regiment Haller-Husaren (Nr. 12); eine Batterie Gebirgs-Artillerie befindet sich bei diesen Truppentheilen.

Frankreich. Die kriegerischen Vorzeichen und Andeutungen, nehmen eher zu, als ab. So ist es z. B. thatsächlich, daß durch eine Verfügung des Kriegs-Ministers die Erlaubniß der militärischen Dienstbefreiung für alle die Personen zurückgenommen worden ist, welche bis zum 1. Juni die gesetzmäßig festgestellte Summe für ihre Ersatzmänner nicht eingezahlt haben. Gleichzeitig läßt das Marine-Ministerium, ähnlich wie es zur Zeit des Krimkrieges geschehen, in diesem Augenblicke ein seemännisches Handbuch für den Gebrauch der Kriegsmarine unter dem Titel: „Pilote militaire de la mer Adriatique", lithographiren, was jedenfalls darthut, wie sehr man besorgt ist, für alle Fälle bei der Hand zu sein.

Königsberg, den 2. Juni. Die hiesige Regierung hat durch Verfügung vom 21. Dezember 1865 der am 14. November seitens der Stadtverordneten-Versammlung vollzogenen Wahl des Stadtraths Weller und Apothekers Schlüter zu unbesoldeten Mitgliedern des Magistrats die Bestätigung versagt. Die Stadtverordneten-Versammlung hat darauf unterm 30. Januar d. J. Beschwerde bei dem Oberpräsidenten eingelegt, ist aber am 27. Februar d. J. abschläglich beschieden worden. Ein gleiches Schicksal hatte eine weitere Beschwerde, welche die Stadtverordneten-Versammlung am 27. März d. J. an den Minister des Innern richtete. Nun hat die Stadtverordneten-Versammlung unterm 22. Mai wiederum Beschwerde beim Staatsministerium erhoben. Es heißt darin: Das königl. Staatsministerium wird sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß es endlich an der Zeit ist, das bisher befolgte System der Ertheilung wie Versagung der Bestätigung von kommunalen Wahlen mit Entschiedenheit aufzugeben. Die städtische Vertretung besteht aus selbstständigen und urtheilsfähigen Männern; sie wählt die Mitglieder des Magistrats für sich und nicht für Regierung. Wesentlich ist es allein, daß die Erwählten sich des Vertrauens der Bürger erfreuen, unwesentlich, ob sie auch das Vertrauen der Regierung genießen. Die Stadtverordneten-Versammlung richtet daher an das Königl. Staatsministerium den gehorsamsten Antrag: „dasselbe wolle unter Aufhebung der entgegenstehenden Bescheide die hiesige Königl. Regierung anweisen, den zu unbesoldeten Magistrats-Mitgliedern gewählten Herren Stadtrath Weller und Apotheker Schlüter die bisher versagte Bestätigung nunmehr zu ertheilen."

Lokales.

— **Stadtverordneten-Sitzung am 6. d. Mts.** Vorsitzender Herr Kroll; — im Ganzen 25 Mitglieder anwesend. — Vom Magistrat Herr Stadtrath Hoppe.

Am 18. v. Mts. hatte, wie bekannt, eine außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung statt behufs Beschlußnahme, resp. Absendung einer Adresse an Sn. Maj. den König, in welcher Allerhöchst demselben die gegenwärtige traurige Lage des Landes, insbesondere unserer Stadt geschildert werden sollte. Daran sollte sich die Bitte um Herstellung des inneren Friedens schließen, weil dieser nur die Gemüther mit derjenigen Begeisterung erfüllen würde, welche den Sieg gewährleiste. Vom Magistratstisch aus wurde erklärt, daß die Berathung des Antrags auf Erlaß besagter Adresse nicht außerhalb der Kompetenz des Stadtv.-Vers. liege.

Die Vers. beschloß den Erlaß und wählte zur Redaktion des Adreß-Entwurfs eine besondere Commission (die Herren Kroll, Adolph, Dr. Meyer, Dr. Bergenroth, Dr. Prowe), welche sofort nach der Sitzung sich ihren Auftrag erledigte. Am 19. b. Mts. morgens wurde der Entwurf der Adresse dem Herrn Magistrats-Dirigenten von dem Herrn Stadtv.-Vorsteher Kroll und dem Antragsteller Hrn. Stadtv. Justizrath Dr. Meyer mit dem Ersuchen vorgelegt, noch im Laufe des Vormittags eine außerordentliche Sitzung des Magistrats behufs Beschlußfassung, resp. Beitritts dieser Behörde zur Adresse anzuberaumen. Erst 3 Tage später, am 22. v. Mts. fand die Magistrats-Sitzung statt, welche jedoch nicht beschlußfähig war. Auch theilte der Herr Magistrats-Dirigent der Vers. mit, daß der Beschluß der Stadtverordneten bezüglich der Adresse abgewartet werden müsse. Am 23. vor. Mts. fand wieder eine Sitzung der Stadtv.-Vers. statt, in welcher der Adreß-Entwurf ohne Aenderung angenommen wurde. Gleichzeitig erging an den Magistrat das Ersuchen, über die Annahme, resp. den Beitritt zur Adresse in seiner nächsten Sitzung am 25. v. Mts. schlüssig zu werden, sowie der Vers. über den Beschluß sofort eine Mittheilung zugehen zu lassen. Unter dem 26. v. M. erhielt der Herr Stadtv.-Vorsteher vom Hrn. Magistrats-Dirigenten schriftlich die Anzeige, daß die Magistrats-Sitzung am 25. v. Mts. wieder nicht beschlußfähig gewesen sei, also über den Adreß-Entwurf nicht habe befunden worden können. Der Herr Magistrats-Dirigent äußerte sich gleichzeitig auch dahin, daß er den Entwurf durch den inzwischen ergangenen Allerhöchsten Erlaß auf die Breslauer Adresse, welche, mit dem Entwurf in der Hauptsache identifizire, für erledigt erachte und umsomehr die Vers. die nochmalige Erwägung, ev. die selbstständige Adresse seitens der Stadtverordneten anheimgeben müsse, als er die Zustimmung des Magistrats nicht in Aussicht stellen könne. In der heutigen Sitzung erfolgte vom Magistratstisch die Erklärung, daß die letztere Aeußerung betreffs der Magistratszustimmung zur Adresse nur eine Ansicht des Herrn Magistrats-Dirigenten wäre, da der Magistrat über die Zustimmung nicht befragt worden sei. Herr Dr. Bergenroth war der Meinung, daß die Vers. die Adresse selbstständig absenden möge; hiegegen erklärten sich die Herren Dr. Prowe, Adolph u. Danielowski, hauptsächlich weil die Adresse antiquirt sei. Die Vers. stimmte letzterer Ansicht bei. Mit Bezug auf die vorerwähnten Vorgänge beschloß die Vers. zwei Gesuche an den Herrn Magistrats-Dirigenten zu richten. Das eine, vom Verwaltungsausschusse beantragt, geht dahin, daß, da der Magistrat wiederholt, in zwei Sitzungen, nicht beschlußfähig gewesen sei und hier aus der Schluß gezogen werden müße, daß die Vers. oft nicht perfekt gewordene Beschlüsse des Magistrats erhalte, der Herr Magistrats-Dirigent diesem Uebelstande Abhilfe schaffe. Das zweite von Herrn B. Meyer beantragte Gesuch, richtet sich darauf, daß der Herr Magistrats-Dirigent die Präsenzliste des Magistrats der Vers. zur Einsicht übersende, damit dieselbe bezüglich der ferneren Stadtrathswahlen wisse, welche Magistrats-Mitglieder ihrer Verpflichtung, der Sitzungen des Magistrats beizuwohnen, nachgekommen seien.

Herr Adolph richtet im Interpellation an den Magistrat, welche sich auf die der Kommune gesetzlich obliegende Unterstützung der hilfsbedürftigen Familien der von hier zur Fahnen beorderten Reservisten und Landwehrmänner, auf die Zahl dieser Familien und die Höhe der Geldsätze bezog. Der Herr Magistrats-Vertreter theilte mit, daß die Unterstützung besagter Familien keine Gemeindelast, sondern eine Kreislast sei. Nach gesetzlicher Bestimmung erhalte per Monat die Frau höchstens 1 Thlr. 10 Sgr., das Kind unter 14 Jahren höchstens 15 Sgr. Die Commission des Kreistages zur Feststellung der Geldsätze für die Unterstützung im hiesigen Kreistage habe ihre Arbeit noch nicht beendet. Vom Magistrat wären inzwischen schon Unterstützungen gewährt und vom 16. bis 31. v. Mts. an 126 Familien bereits c. 150 Thlr. ausgegeben worden. Die Mitglieder der Armen-Deputation hätten die an sie behufs Ermittelung der Hilfsbedürftigkeit jener Familien ergangenen Aufforderungen in dankenswerther Schnelligkeit genügt. Herr Adolph bemerkte hiezu, daß die angeführten Geldsätze dem Bedürfniß mancher Familien im Verhältniß zu den hiesigen Wohnungsmiethen und Lebensmittelpreisen nicht genügen dürften und daher die Kommune noch ein Uebriges thun müsse. Während der Debatte über diesen Gegenstand sich in der Vers. die theilnahmvollste Stimmung bezüglich der Unterstützung jener Familien und, so daß die Vers. erforderlichen Falls nicht Anstand nehmen wird, den Magistrats erforderlichen Falls einen ausserordentlichen Fond zur Unterstützung zu gewähren, welches indeß unter allen Umständen nur durch die Armen-Deputation nach dem Ermessen desselben über die Unterstützungsbedürftigkeit der einen Familien vertheilt werden soll. Magistrat und Stadtverordneten werden auch einen öffentlichen Aufruf an die Bewohner erlassen, um der Privatwohlthätigkeit in der beregten Beziehung Raum zu geben und die zweckmäßigste Verwendung der auf diesem Wege eingehenden Unterstützungs-Mittel durch die Armen-Deputation zu verbürgen. In Erwägung nun, daß der Magistrat betreffs Unterstützung jener Familien in entspnechender und genügender Weise Fürsorge getroffen habe und die Beschlüsse der vorerwähnten Kreistags-Commission abzuwarten sind, ging die Vers. über den Gegenstand zur Tagesordnung über.

(Schluß folgt.)

— **Zum Wahlaufruf der Herrn Donner-Kamionken nebst Genossen.**

Ehe wir an die Besprechung der besagten Ansprache selbst eingehen, haben wir leider Veranlassung noch etwas Thatsächliches zu erledigen.

Vom Königl. Landrath Herrn Steinmann ging uns gestern am 6. d. folgende Mittheilung zur Aufnahme zu, welche also lautet: „Die in Nr. 87 des Wochenblattes enthaltenen Notiz, daß der Wohlaufruf des Herren Donner und Genossen in der Stadt Thorn nicht vertheilt worden sei, ist falsch. Die Vertheilung in der Stadt hat sich zwar um 2 Tage verzögert, da die erste Auflage des Aufrufes bereits am Tage des Erscheinens vergriffen war; indeß hat bereits seit gestern die massenhafte Vertheilung in der Stadt begonnen, und erledigt sich dadurch erst auch der auf die Scheu der Unterzeichner vor der Kritik der städtischen Bevölkerung gezogene Schluß.“

Zu Vorstehehendem haben wir nur zu bemerken, daß unsere Angabe über die Vertheilung des besagten Wahlaufrufs als eine „falsche“ nicht zu bezeichnen sein dürfte. Wir konstatirten in v. Num. nur die Thatsache, daß als am Sonntag d. 3. der Aufruf, auch unter der Adresse von Landschullehrern, in den Kreis expedirt und dort in großer Anzahl verbreitet worden war, hier bis zu der Zeit, als wir gegen Abend am Dienstag, unseren Artikel redigirten, noch kein Exemplar hierorts aufzufinden war. Erst gestern, am Mittwoch, um Mittwoch sahen wir den Wahlaufruf in öffentlichen Lokalen. Der Umstand der früheren Verbreitung desselben fiel in der Stadt allgemein auf und wir gaben diesem auffälligen Momente Ausdruck.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Preußische Bank.** Der Herr Handelsminister macht unter d. 1. d. Folgendes bekannt: Auf die für das Jahr 1866 festzusetzende Dividende der Preußischen Bank-Antheils-Scheine wird v. 10. d. Mts. ab die erste halbjährige Zahlung von Zwei und ein Viertel Prozent oder 22 Thlr. 15 Sgr. Courant für den Dividendenschein Nr. 39 bei der Haupt-Bankkasse zu Berlin, bei den Provinzial-Bank-Comtoiren zu Breslau, Köln, Danzig, Königsberg i. Pr., Magdeburg, Münster, Posen und Stettin, so wie bei den Bank-Kommanditen zu Aachen, Bielefeld, Bromberg, Koblenz, Köslin, Krefeld, Dortmund, Düsseldorf, Elberfeld, Elbing, Essen, Frankfurt a. O., Gleiwitz, Glogau, Görlitz, Graudenz, Halle a. S., Insterburg, Landsberg. a. W., Memel, Minden, Nordhausen, Siegen, Stralsund, Stolp, Thorn und Tilsit erfolgen.

Thorn, den 8. Juni. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für

Weizen: Wispel gesund 36—64 thlr.
Roggen: Wispel 30—32 thlr.
Erbsen: Wispel weiße 33—40 thlr.
Gerste: Wispel kleine 28—30 thlr.
Hafer: Wispel 20—22 thlr.
Kartoffeln: Scheffel 13—15 sgr.
Butter: Pfund 5½—6 sgr.
Eier: Mandel 3—3½ sgr.
Stroh: Schock 10—12 thlr.
Heu: Centner 25—30 sgr.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 153½ pCt. Russisch Papier 153¾ pCt. Klein-Courant 40—44 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 45 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 8. Juni. Temp. Wärme 15 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 2 Fuß 4 Zoll.

Inserate.

Preissgekrönt auf den Welt-Ausstellungen London 1862. Dublin 1865.

Warnung vor Flaschen ohne mein Siegel und ohne die Firma: „H. Underberg-Albrecht."

Empfehlenswerth für jede Familie!
Auf Reisen und auf der Jagd ein erwärmendes und erquickendes Getränk!

Boonekamp of Maag-Bitter,

bekannt unter der Devise: „Occidit, qui non servat", erfunden und einzig und allein echt destillirt von

H. Underberg-Albrecht

am Rathhause in Rheinberg am Niederrhein.

Hoflieferant

Sr. Majestät des Königs Wilhelm I. von Preußen Sr. Königlichen Hoheit der Prinzen Friedrich von Preußen, Sr. Majestät des Königs Maximilian II. von Baiern, Sr. Königlichen Hoheit des Fürsten Hohenzollern-Sigmaringen

und mehrer anderer Höfe

Derselbe ist in ganzen, halben Flaschen und Flaçons ächt zu haben in Thorn bei Herrn **Benno Richter.**

Durch Ukas Sr. Majestät des Kaisers aller Reuße nach Rußland importirt.
Patentirt für ganz Frankreich.

Die Conditorei von A. Wiese in Thorn Neustadt Nr. 269

empfiehlt eine reichhaltige Auswahl täglich frischer Kuchen aller Art, Torten, Bonfitüren, Desserts, Marzipan, Chocoladen in Tafeln, Cacao, Chocoladenpulver à Pfd. 8 Sgr. 10 Sgr. und 12 Sgr., Bonbons à Pfd. 8 Sgr., bunte Tüten à Pfd. 12 Sgr. 2c. 2c. Ferner warme und kalte Getränke, Gelees, Creme und Gefrornes.

Bei reeller prompter Bedienung werden die billigsten Preise zugesichert und um geneigte Aufträge höflichst gebeten.

Husten, Brust und Halsbeschwerden beseitigt in den meisten Fällen in kurzer Zeit der

G. A. W. Mayer'sche weiße Brust-Syrup

und ist dieses so wohlthätige Hausmittel in Thorn allein zu haben in der

Cigarren und Tabaks-Handlung

von **J. L. Dekkert,**
Breitestraße.

Annaberger Gebirgskalk

fortwährend frisch ab meinem Lager, die 2 scheffflige Tonne mit 1 Thaler,

Oberschlesischen Gebirgskalk

die Waggonladung von 60 Tonnen ab Bahnhof Thorn, offerirt zum Preise von 42 Thalern

C. B. Dietrich.

Leihbibliothek.

Die hervorragendsten Erscheinungen der Belletristik der Neuzeit sind:

Laube, Heinr., Der deutsche Krieg, historischer Roman in 3 Büchern:
Junker Hans, 3 Bände.
Waldstein, 3 Bände.
Herzog Bernhard, 2 Bände.
Galen, Philipp, Der Erbe von Betty's Ruh. 4 Bände.

Diese, Epoche machenden Werke, werden in einzelnen Bänden ausgeliehen (nicht ein Abonnement) und kostet jeder Band für 3 Tage 1 Sgr.

Leihbibliothek von Ernst Lambeck.

In einer lebhaften nahe bei Thorn liegenden Stadt ist ein Local bestehend aus Laden, 2 Zimmern, Kabinet, Küche, alles zusammen verbunden, Keller 2c. nach Wunsch auch im 1. Stocke noch einige Zimmer, am Markt gelegen, in dessen Behausung seit mehreren Jahren eine Conditorei schwunghaft betrieben wird, zu vermiethen. Nähere Auskunft wird in der Expedition dieses Blattes ertheilt.



Im Gute Papau wird jeden Montag Vorm. ausgearbeitetes trockenes eichen und birken Schirrholz verkauft.

Wohlschmeckenden **Himb.-Sirup** zu Limonade und zu **Gebäck-Marmelade,** à Quart 20 Sgr. empfiehlt **Horstig.**

Möbl. Zimmer z. vermieth. Gerechte-Str. 128/9

Ausverkauf

Mein Kurz- und Weiß-Waaren-Lager verkaufe ich unter dem Kostenpreise aus und empfehle zu folgenden Preisen:
1 Pfd. Extra Madura Baumwolle à 1 Thlr. 15 Sgr., 1 Dtzd. große Eisengarnkarten à 3 Sgr., 1 Dtzd. guten Knäulchen-Zwirn à 10 Sgr., 4 Dtzd. Battisthemdenköpfe à 2 Sgr., 3 Dtzd. Schnürsenkel für 2 Sgr., 3 Dtzd. Schnürsenkel lange für $2^1/_2$ Sgr., 3 Dtzd. Schnürsenkel doppelte 5 Sgr. 1 Dtzd. weiße Schnürsenkel à 3 u. 4 Sgr., 25 Stück Nähnadeln für 6 Pf., 25 Stück Nähnadeln ganz gute für 1 Sgr., 1 Pack Cocusseife von 6 Stück à $3^1/_2$ Sgr., 1 Stück Stangen-Pomade groß à $3^1/_2$ Sgr., Frisirkämme, Elfenbeinkämme, Baumwollband und leinen Band, Zwirnspitzen und andere Spitzen, Taffetband zu auffallend billigen Preisen.

Ferner 1 Auswahl von seidenen Sonnenschirmen von 25 Sgr. an, Crinolins von $7^1/_2$ Sgr. an. 1 Pfd. guten Siegellack à $7^1/_2$ Sgr.

J. H. Kalischer.
Breitestraße 87.

Frischen

Stoppelrübensaamen

empfehlen billigst

H. B. Maladinsky & Co.
in Bromberg.

Ein gebildetes, umsichtiges Mädchen sucht als selbstständige Wirthschafterin sogleich oder später ein Engagement, am liebsten auf dem Lande. Gefällige Adressen erbittet man unter Chiffre **W. P. poste restante Thorn.**

Eine goldene Broche

ist von der weißen Straße bis zur Defensions-Kaserne verloren gegangen. Der Wiederbringer erhält dafür eine angemessene Belohnung Brückenstraße 33.

Allerneueste grosse

Capitalien-Vertheilung von 2 Millionen 677,250 Mark,

bei welcher

nur Gewinne

gezogen werden, genehmigt und garantirt von der Staats-Regierung.

Ein Staats-Original-Loos kostet 4 Thaler Pr. Court
Zwei Halbe do. Loose kosten 4 „ „
Vier Viertel do. do. do. 4 „ „
Acht Achtel do. do. do. 4 „ „

Bei Entnahme von 11 Loosen sind nur 10 zu bezahlen.

Unter 17,600 Gewinnen befinden sich Haupttreffer v. Mark 250,000, 150,000, 100,000, 50,000, 25,000, 2 mal 20,000, 1 mal 17,500, 2 mal 15,000, 2 mal 12,500 2 mal 10,000, 1 mal 7500, 5 mal 5000, 5 mal 3750, 2 mal 3000, 105 mal 2500, 5 mal 1250, 105 mal 1000, 5 mal 750, 120 mal 500, 235 mal 250, 10700 mal 117 Mark etc. etc.

Beginn der Ziehung am 14. Juni d. J.

Unter meiner in weitester Ferne bekannten und allgemein beliebten Geschäftsdevise:

„Gottes Segen bei Cohn!"

wurde bei mir erst am 28. Februar d. J. und zwar zum 21sten Male des grosse Loos, am 4. April d. J. der allergrösste Hauptgewinn und jüngst am 26. vorigen Monats schon wieder zwei der grössten Haupttreffer bei mir gewonnen. Das anhaltende Glück meines Geschäfts zeigt sich also bei jeder Gewinnziehung. —

Auswärtige Aufträge mit Rimessen in allen Sorten Papiergeld oder Freimarken oder gegen Postvorschuss führe ich selbst nach den entferntesten Gegenden prompt und verschwiegen aus und sende amtliche Ziehungslisten und Gewinngelder sofort nach der Entscheidung zu.

Laz. Sams. Cohn,
Banquier in Hamburg.

Wollsäcke und Wollschnur, Rapspläne und Rapsleinen, Getreidesäcke

in allen Größen empfiehlt billigst

Moritz Meyer.

Vorräthig bei Ernst Lambeck in Thorn:
Als ein sehr beliebtes Buch für Liebende ist zu empfehlen:

Briefsteller für Liebende

beiderlei Geschlechts. Enthält **90 Musterbriefe** der Liebe und Freundschaft und 20 ausgezeichnete Polterabendscherze und Hochzeitsgedichte. Von G. Wartenstein.

Vierte verbesserte Auflage. Preis 15 Sgr.

Die Sprache des Herzens — die Gefühle der reinsten Liebe in den elegantesten Wendungen bietet diese für Liebende ausgezeichnete Schrift wovon mehr als 3000 Exemplare abgesetzt wurden.

Neustadt, Hohe Gasse Nr. 159/60, ist eine Parterrewohnung mit auch ohne Pferdestall sofort zu vermiethen.

Zwei möblirte Stuben und 2 Pferdeställe sind zu vermiethen bei **C. Angstin.**

Eine Sommerwohnung, von 2 Zimmern, Küche und Kammer, nahe bei der Stadt wird zu miethen gesucht. Adressen bittet man in der Exped. dieses Blattes abzugeben.

Synagogale Nachrichten.

Sonnabend, den 9. d. M. Vormittags 10 Uhr, Predigt des Rabbiners Dr. Rahmer.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.